

ALTERNATIVEN FÜR DRESDEN

Informationen der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden

MASSENSCHLÄGEREIEN IN DRESDEN

mehr auf Seite 3

PROTESTE GEGEN KUNSTWERKE

mehr auf Seite 5

EINE UNENDLICHE GESCHICHTE

mehr auf Seite 7

NEUE NORMALITÄT DIE AFD-FRAKTION WÜNSCHT FROHE FESTTAGE

Striezelmarktduft kriecht wohligh durch die Dresdner Altstadt. Das geschäftige Treiben im Advent hat die heimliche Weihnachtshauptstadt Dresden fest im Griff. Die Stimmung ist ausgelassen und bei weitem nicht so überdreht, wie auf vielen anderen Events während eines Kalenderjahres. Zeit für Ruhe und Besinnung – trotz allem vorweihnachtlichen Stress, den man sich vielmals selbst macht. Egal ob christlich oder nicht, die Chance besteht tatsächlich für einige Momente ein bisschen jener inneren Ruhe Raum zu geben, die der Advent mit seiner reichen Tradition mit Musik und Lichtschein ursprünglich verkörperte.

In diesem Jahr muss man jedoch einigen Hindernissen ausweichen, um zum ersehnten Glühweinstand zu kommen und für den Rückweg wäre es ratsam nicht zu viele alkoholische Heißgetränke zu konsumieren, da sonst eine Kollision mit übergroßen Steinblöcken droht. Die sogenannten „Nizza-Steine“, die im skeptischen Volksmund längst wenig schmeichelhaft aber treffend „Merkel-Lego“ genannt werden, sind in verschiedenen Formen auch in Dresden überall sichtbar. Die massiven Betonblöcke sollen LKW-Anschläge wie am Berliner Breitscheidplatz im letzten Jahr unmöglich machen. Leider erwiesen sich die Lego-Varianten des überdimensionierten Kinderspielzeugs bei Tests nicht als stark genug, um tatsächlichen Schutz



INHALT

NEUE NORMALITÄT	01 - 02
EREIGNISORIENTIERTE EVENTKULTUR	03
PROTESTE GEGEN KUNSTWERKE	04
DER ALTERNATIVE BLICK	05
GLOBUS AUCH AUS ANDEREN PERSPEKTIVEN BETRACHTEN	06
EINE UNENDLICHE GESCHICHTE	07
DIE ZUKUNFT DER DRESDNER SCHULEN	08
IMPRESSUM	08

KONTAKT BÜRO

AFD-Fraktion im Stadtrat Dresden
 Dr.-Külz-Ring 19
 Rathaus, 1. Etage, Raum 215
 01067 Dresden
www.afd-fraktion-dresden.de
www.facebook.com/AFDFraktionDresden

Tel 0351 - 4 88 10 50
 Fax 0351 - 4 88 10 49
post@afd-fraktion-dresden.de

IHRE STADTRÄTE

Gordon Engler
 (Fraktionsvorsitzender)
ge@afd-fraktion-dd.de

Harald Gilke
 (Stellv. Fraktionsvorsitzender)
hg@afd-fraktion-dd.de

Stefan Vogel
sv@afd-fraktion-dd.de

Jörg Urban
ju@afd-fraktion-dd.de

vor bereits praktizierten Anschlagsszenarien zu bieten. Ein LKW würde bei entsprechender Geschwindigkeit bis zur Mitte des Striezelmarktes durchbrechen. Die angefahrenen Steine können wiederum zu gefährlichen Geschossen werden und zusätzliche Opfer fordern. Daher werden in Dresden auch robustere Autobahn-Betonwände eingesetzt, deren Eignung freilich nicht erwiesen ist, weshalb diese ebenso wie die durchgefallenen Steine zunächst in die Kategorie Placebo-Effekt einzuordnen sind.

Das ist die neue deutsche Normalität, die jedem sichtbar ist und nicht nur eine abstrakte Gefahr, wie vielfach behauptet. Diese absurden Aufwendungen hätten sich mit einer vernunftorientierten Zuwanderungspolitik leicht vermeiden lassen können. Im Falle der gesteigerten Sicherheitsvorkehrungen wirkt sich wieder einmal ein von der Bundesregierung erzeugtes Problem auf die Kommunen und das Alltagsleben der Menschen aus. Zwar dürfte nur eine Minderheit der Menschen vor einem entsprechenden Anschlagsszenario Angst in Dresden haben, doch die Spur der Steine zieht sich durch das innerstädtische Gebiet und verankert sich in den Köpfen als Symbol für eine deutsche Gesellschaft, die allgemein unsicherer geworden ist. Neben der Versandlung des Stadtbildes ist vor allem die Ohnmacht des Staates sichtbar.

Funktionslose Betonblöcke gegen Islamismus, Beschäftigungstherapie und Placebos für die Bevölkerung – statt wirksamer Grenzverteidigung, die von den Verantwortlichen in der Bundesregierung wider besseren Wissens für unmöglich erklärt wurde, wird jetzt in den Innenstädten dieses Landes die versäumte Grenzkontrolle und -schließung nachvollzogen. Auf die Folgen einer grenzenlosen Gesellschaft reagiert man nur kurze Zeit später mit dem Bau innerer Mauern. Das ist wahrlich die Ironie einer gescheiterten Flüchtlingspolitik, die unsere Städte bunter, moderner und fröhlicher machen sollte. Offene

Grenzen führten jedoch zu abgesperrten Innenstädten mit patrouillierender Polizei. Sieht so die Blaupause eines besseren Landes, einer moderneren Gesellschaft aus?

Dass zudem gerade Weihnachtsmärkte als Begegnungsort von christlicher Kultur, regionalen Traditionen und moderner Konsumkultur zur Zielscheibe auserkoren sind, macht die gereizte Stimmung im Land nicht besser. Wenn man sogar in der hastigen Weihnachtszeit zusätzlich mit weiteren negativen politischen Entwicklungen konfrontiert wird, verhält sich das die vorweihnachtliche Stimmung umso mehr. Da hilft auch kein Farbanstrich: Betonklötze zur Terrorabwehr bleiben Betonklötze, auch wenn sie mit farbigen Überwürfen drapiert oder grün angespritzt werden. Kostenpunkt: weitere 6.500 Euro, wie eine Anfrage der DNN an die Stadtverwaltung ergab.

Wir wünschen Ihnen – trotz alledem – besinnliche und frohe Festtage. Kommen Sie gut ins neue Jahr! Wir hoffen, dass Sie neben ihren persönlichen Herausforderungen auch von den Gedanken an die aktuelle Tagespolitik einmal abschalten können, um neue Kraft zu tanken. Auf ein gesundes Wiedersehen! Im Jahr 2018 werden wir wie gewohnt unsere konstruktive Arbeit zum Wohle der Dresdner Bürger fortsetzen.

Gordon Engler



EREIGNISORIENTIERTE EVENTKULTUR AFD FORDERT ENTSCHEIDENES VORGEHEN GEGEN MASSENSCHLÄGEREIEN



Es scheint normal geworden zu sein, am Montagmorgen in der Zeitung über Schlägereien zu lesen, die am Wochenende stattfanden. Doch mittlerweile gibt es nicht nur Auseinandersetzungen zwischen zwei Kontrahenten, sondern Angriffe finden auch vermehrt in größeren Gruppen statt. Am 20. Juli lieferten sich elf Personen, vorwiegend mit Migrationshintergrund, eine Massenschlägerei am Hauptbahnhof, bei der auch zwei Schüsse mit einer Luft-

pistole abgegeben worden sein sollen. Vor Ort stellten die zahlreich angerückten Polizeibeamten eine Schreckschusspistole, ein Messer und einen Baseballschläger sicher. Es handelte sich dabei um einen Bandenkrieg zwischen Dresdner „Rappern“, der sogenannten „KMN-Gang“, sowie Mitgliedern des Miri-Clans aus Berlin. Beide Gruppen sind einschlägig polizeibekannt, deren Mitglieder saßen bereits mehrfach im Gefängnis. Hier werden Verbindungen zur Organisierten Kriminalität auch in der Landeshauptstadt Dresden deutlich.

Am 29. Juli kam es zu einer Massenschlägerei im Neustädter Alaunpark mit bis zu 70 Personen; „augenscheinlich mehrheitlich aus dem nordafrikanischen/arabischen Raum“, wie die Polizei dazu mitteilte. Dabei kamen in der Auseinandersetzung auch mindestens ein Messer und eine abgeschlagene Bierflasche zum Einsatz, die Polizei stellte später zudem einen Schlagring sowie Drogen sicher.

Nur zwei Tage später, am 31. Juli, eskalierte der Streit am Koreanischen Platz an der Ecke Weißeritzstraße/Schäferstraße erneut: diesmal gingen über 20 Männer aufeinander los und bewarfen sich mit Flaschen. Nach Polizeiangaben stammen die beteiligten Personen aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und dem Libanon.

Am 12. August gingen – abermals im Alaunpark – bis zu 30 Personen mit Zaunlatten und Flaschen aufeinander los. Auch diesmal war wohl eine große Gruppe von Afghanen beteiligt, vier junge Männer im Alter von 16 bis 21 Jahren wurden in Gewahrsam genommen.

Diese gewalttätigen Auseinandersetzungen führten dazu, dass die Dresdner Polizei Aufenthaltsverbote für mehrere Personen im Alter zwischen 15 und 28 Jahren aus Afghanistan, Syrien, Eritrea und Liby-

en für die Neustadt aussprach – der Libyer verstieß direkt an Folgetag gegen die Auflage und wurde in Gewahrsam genommen, ein 17-jähriger Afghane wurde später trotz Verbotes in der Dresdner Neustadt aufgegriffen.

Am 22. Oktober griffen mehrere Unbekannte am Albertplatz eine Gruppe Männer mit Stöcken und abgeschlagenen Bierflaschen an. Dabei wurden zwei Männer leicht verletzt. Drei 15-, 16- und 17-jährige Afghanen konnten als Täter ermittelt werden.

Am 28. Oktober prügeln sich am Koreanischen Platz in Dresden-Friedrichstadt rund 15 bis 20 Personen und gingen mit Flaschen aufeinander los. Als die Polizei eintraf, fand sie nur noch drei stark alkoholisierte Männer vor, es handelte sich um einen Tunesier sowie zwei Algerier.

Diese Auflistung – quasi eine Zusammenfassung der Höhepunkte – zeigt das Ausmaß der Gewalt und Verrohung auf, wie sie nun auch in Dresden stattfindet. Und es ist bezeichnend, dass die Beteiligten zum allergrößten Teil einen Migrationshintergrund, vorwiegend aus dem nordafrikanischen/arabischen Raum, aufweisen. Deutschland, und nun auch immer mehr Sachsen und Dresden, haben sich Gewalt, Unsicherheit und wachsende soziale Spannungen importiert. Schuld daran hat die in Regierungsverantwortung stehende CDU und SPD. Wegen einer realitätsfremden Gesinnungsmoral, die jeden erst einmal als hilfsbedürftig klassifiziert, wurden viele Leute ins Land gelassen, ohne zu wissen wer kommt und ob betreffende Menschen geneigt sind, sich hier an Recht und Gesetz zu halten. Dass dem in vielen Fällen nicht so ist, zeigen diese Vorfälle in aller Schärfe.

Jörg Urban MdL



AUSGABE: ZUM HERUNTERLADEN

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/fraktionszeitung-alternativen-fuer-dresden-nr-3-2017.html



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/ereignisorientierte-eventkultur.html

PROTESTE GEGEN KUNSTWERKE

LINKSGRÜNER STADTRAT SETZT WEITERHIN AUF KONFRONTATION

Der teils verbissene Streit um Kunst im öffentlichen Raum, insbesondere vor der Dresdner Frauenkirche, hat gezeigt: es braucht mehr Demokratie bei der Diskussion über öffentliche Kunstwerke. Sowohl das umstrittene Bus-Monument des Künstlers Manaf Halbouni als auch das aktuelle „Denkmal für den permanenten Neuanfang“ war – zumindest bei einem Teil der Dresdner Bevölkerung – heftig umstritten, sowohl was die Intention der Kunstwerke als auch die als unzureichend empfundene Kommunikation vor der Aufstellung der Werke betrifft. Politische Instrumentalisierung einerseits und bewusst störender Protest andererseits werfen ein schlechtes Bild auf die Sächsische Landeshauptstadt, die 2025 Europäische Kulturhauptstadt werden will.

Um drohenden Konflikten bei der Akzeptanz von Kunst im öffentlichen Raum frühzeitig zu begegnen, hat sich die AfD-Fraktion mit einem Vorschlag zur Abänderung der entsprechenden Richtlinie eingebracht und dabei das Ziel verfolgt, mehr Transparenz und Partizipation bei zukünftigen Entscheidungen über die Aufstellung von Kunstwerken zu ermöglichen. Mit einer Änderung der Richtlinie über Kunst im öffentlichen Raum sollte sowohl die Kunstkommission gestärkt als auch der Kulturausschuss als Vertretung des Dresdner Stadtparlaments in den Entscheidungsprozess eingebunden werden. Derzeit gibt es mit drei Stadträten zwar eine politische Vertretung in der Kommission, die den Bürgerwillen aber nur unzureichend abbildet. Daneben besteht das Gremium aus verschiedenen Vertretern der Stadtverwaltung, Kunst-sachverständigen und Künstlern sowie Architekten. Die Kunstkommission hat



zudem nur empfehlenden Charakter. Weiterhin forderte der AfD-Antrag, dass das Umsetzen der Vorschläge der Kunstkommission nicht wie bisher vom Gutdünken der Kulturbürgermeisterin abhängig ist, sondern durch den Kulturausschuss verbindlich beschlossen wird.

Das „Denkmal für den permanenten Neuanfang“ zum Beispiel ging auf eine Empfehlung der Kunstkommission aus dem Jahr 2011 zurück, wurde aber erst auf Betreiben der jetzigen Kulturbürgermeisterin Klepsch umgesetzt. Dass letztlich eine Person über Sein oder

DER ALTERNATIVE BLICK

Mit einem vielbeachteten Beitrag meldete sich vor einigen Monaten der Verleger und Journalist Jakob Augstein zum Thema Demokratie zu Wort. Seine These: beim Volk sei Demokratie nicht gut aufgehoben. „Volkes Stimme und Fortschritt – das geht nicht gut zusammen.“

Auch in Dresden ist dieser Gegensatz mit Händen zu greifen: breite Teile der Bürgerschaft, die tiefgreifende Veränderungen in ihrem persönlichen Lebensumfeld wahrnehmen und nicht als Fortschritt verstehen, machen auf aus ihrer Sicht fehlende oder falsche Lösungsansätze der etablierten Politik aufmerksam. Ihnen gegenüber steht jener Teil von Menschen, der diese Sicht auf die Veränderungen nicht verstehen kann oder will. Grundsätzlich wäre das in einer gesunden Demokratie völlig unproblematisch, gäbe es jene geschichtsphilosophische Konstruktion eines „Fortschritts“ nicht, mit dessen Hilfe versucht wird, kritische und unzufriedene Bürger zu diskreditieren.

Dabei dient „Fortschritt“ als Leerformel, unter die sich alles subsumieren lässt: Buntheit, Vielfalt, Toleranz, Weltoffenheit oder Multikulti. Mit keinem dieser Begriffe ist konkret ausformuliert, wie gesellschaftliches Miteinander und Solidarität, Staatlichkeit insgesamt, in Zukunft funktionieren werden. Viele Menschen sind darüber zu recht verunsichert und fordern Umsicht und Behutsamkeit bei gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, gerade weil das Gefühl vorherrscht, dass Sozial- und Gesellschaftsingenieure zu Lasten von Sicherheit und Beständigkeit eine risikoreiche Umgestaltung der Lebensumwelt vornehmen. Kritik daran wird jedoch mit aller Entschiedenheit bekämpft.

Am 7. September 2017 verabschiedete die linke Stadtratsmehrheit ein Lokales

Handlungsprogramm für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden. Euphemistischer Titel: „Wir entfalten Demokratie“. Dabei geht es mitnichten um Demokratieförderung; dieses Programm versucht eine Neuauflage des „Kampfes gegen rechts“, der letztlich jeden einschließt, der nicht-linker Meinung ist. Besonderer Schwerpunkt wird auf „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ gesetzt. Dabei gerät in den Dunstkreis der Menschenfeindlichkeit, wer in Fragen des Asylrechts Rechtsstaatlichkeit gewahrt haben möchte und nicht einzig gesinnungsethischen, realitätsfernen Wunschträumen nachhängt, wer auf die Gefahren eines politischen Islam und die Häufung von Terror auch hier in Deutschland hinweist und Sorge vor dem Erstarken solcher islamistischer Einflüsse hat.

Pegida-Demonstranten hingegen können nicht Opfer von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ werden, da das im Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nicht vorgesehen ist, wie eine Stellungnahme der Stadtverwaltung dreist darlegte.

Stefan Vogel

Gordon Engler



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/proteste-gegen-kunstwerke.html



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/der-alternative-blick-03-2017.html

GLOBUS AUCH AUS ANDEREN PERSPEKTIVEN BETRACHTEN

Als die Globus Holding GmbH & Co. KG vor fast zehn Jahren mit der Planung für ein SB-Warenhaus in Dresden begann, war der Unternehmensführung sicher klar, dass bis zur Projektumsetzung eine lange Liste abgearbeitet werden musste, bei der auch der ein oder andere Konflikt ausgetragen sein würde. Das immer noch nicht absehbar ist, ob und gegebenenfalls wann Globus seinen Markt eröffnen kann, liegt an der Blockadepolitik einer rot-rot-grünen Stadtratsmehrheit, die sich mit Händen und Füßen gegen das Familienunternehmen wehrt. Dabei wird auch – wie im Fall von Marina Garden und der Unternehmerin Regine Töberich – ein potentieller Rechtsstreit bewusst in Kauf genommen. Dass die Planung eines Globusmarktes nicht nur Befürworter hervorbringen würde, war von Anfang an sicher. Kritiker befinden sich bei solchen Vorhaben naturgemäß unter den Anwohnern und der in der Nähe vorhandenen Händlerschaft. Für diese Gruppen ergibt sich eine höhere Belastung bei Lärm und Stau bzw. beim Konkurrenzdruck.

In unseren schnelllebigen Zeiten müssen sich kleine Geschäfte jedoch vor allem vor dem Online-Versandhandel fürchten. Die häufige Präsenz von Paketboten auf den Straßen Dresdens ist überall sichtbar. Der Wille der Versandunternehmen nach immer weitläufigeren, innovativeren und rascheren Liefermethoden wird eine erneute Zäsur für kleine Handelsgeschäfte mit sich bringen.

Doch auch bei der von Rot-Grün-Rot favorisierten Wohnbebauung mit Ateliers für die kreative Kunst sind zusätzliche Belastungen für die dortigen Verkehrsadern vorprogrammiert. Die kolportierte Variante mit Wohnungen und soziokulturellem Zentrum würde schließlich auch zu einem ansteigenden Verkehr führen. Selbst bei linken Modellprojekten wird das Leben

vieler potentieller Mieter nicht ohne Fahrten mit dem Auto funktionieren.

Leider viel zu selten wird die prekäre Situation der dortigen Gebäude berücksichtigt, deren Sanierung auf Kosten von Globus stattfinden und eine Nichtbelastung für den Steuerzahler wäre. In diesem Zusammenhang ist die über die Grundstücksgrenzen hinausgehende geplante Modernisierung der Haltestellen im Bereich des Alten Leipziger Bahnhofes ein zusätzlicher Gewinn für die Benutzer des ÖPNV, da vor allem die derzeitige Situation zwischen Bahnhof, Fernbus- und Straßenbahnhaltestelle alles andere als einladend und strukturiert wirkt. Auf derartige Maßnahmen und die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze hat die AfD-Fraktion bereits in den Stadtratssitzungen hingewiesen.

Kurzum: Es gab schon lange Pro- und Contra-Argumente. In entsprechenden Publikationen der gut mobilisierten Globus-Gegner wurden Letztere genügend ausformuliert. Wie man Allgemeinwohl, Steuereinnahmen und die Situation der vor Ort lebenden Menschen berücksichtigt, ist oft umstritten und fallabhängig. Es fehlt und fehlt lediglich die politische Entscheidung: Ja oder Nein?

Für diesen Entschluss war in den letzten Jahren genug Zeit. Es gab ausreichend Möglichkeiten. Passiert ist bisher jedoch gar nichts.

In Dresden gibt es eine politische Lobby, die den entsprechenden Initiativen der eigenen, linken Klientel artig sekundiert und nicht nur an dieser Stelle viele Vorhaben unter Zuhilfenahme neuer Forderungen blockiert. Sämtliche Projekte in der Leipziger Vorstadt verkamen so zu einem Trauerspiel. Gebäudehöhe und -breite, öffentlich zugängliche Grünanlagen, Hochwasserschutz, Natur- und Tierschutz; die Liste der immer weiter ergänzten Forderungen



an potentielle Eigentümer ließe sich beliebig fortsetzen. Durch die ideologische Brille der linken Planwirtschaftspolitiker betrachtet ergeben solche übertriebenen Vorstellungen vom eigenen Gestaltungsspielraum durchaus Sinn. Aber in der Realität gibt für einen Investor den Ausschlag, ob sich ein Projekt rentiert.

Am 23. November 2017 beschloss der Stadtrat gegen die Stimmen der AfD eine neuerliche Überprüfung der Potentiale und Restriktion des Grundstücks des ehemaligen Leipziger Bahnhofes. Der Standpunkt der AfD-Fraktion ist klar: es braucht endlich eine Entscheidung zu Globus und keine weitere Hängepartie. Die AfD bekennt sich dabei ausdrücklich zum Standort Leipziger Bahnhof für den Globus-Markt und lehnt ein weiteres, Steuerzahlergeld verbrennendes Taktieren und Hinhalten gegenüber dem Investor ab.

Der Imageschaden für unsere Stadt ist ohnehin immens. Das Vertrauen interessierter Unternehmen dürfte durch die rot-grün-rote Verhinderungspolitik bei Verlässlichkeit, Kompromissbereitschaft und Rücksichtnahme stark gelitten haben. Leider kann heute niemand prognostizieren, wann dieses Drama ein Ende hat.

Jörg Urban MdL

EINE UNENDLICHE GESCHICHTE DIE DRESDNER POLITIK UND DER FERNSEHTURM

Seit der Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie zur Revitalisierung des Dresdner Fernsehturms am 20. Juni 2017 ist viel Zeit ins Land gegangen, ohne dass bisher greifbare Ergebnisse vorliegen. Zwar hat sich der Stadtrat auf Initiative der AfD-Fraktion in einer Aktuellen Stunde am 22. Juni 2017 mit dem Thema befasst und der Oberbürgermeister in einer eigens einberufenen Bürgerversammlung am 25. September 2017 einer breiten Öffentlichkeit die Möglichkeiten einer Wiedereröffnung vorgestellt. Dennoch dürfte es noch ein langer Weg sein, bevor die ersten Besucher auf der Aussichtsplattform des Fernsehturms stehen können.

Mit dem Versuch, die Dresdner Bürger über die Zukunft des Fernsehturms direkt abstimmen zu lassen, ist die AfD-Fraktion bisher nicht durchgedrungen. Durch den Stadtrat beschlossen wurde vielmehr, eine neue Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben und eine Lenkungsgruppe Fernsehturm zu gründen, die über den weiteren Fortgang beraten soll. Besonders wichtig ist dabei die Frage nach der Mitwirkung des Eigentümers, der Deutschen Funkturm GmbH, einer Tochter der Deutschen Telekom. Zumindest hier konnte sich die AfD mit dem Vorschlag durchsetzen, dass die Ergebnisse der Studie und der Lenkungsgruppe nicht erst am Sankt-Nimmerleins-Tag der Öffentlichkeit vorgelegt werden, sondern schon im Sommer des nächsten Jahres.

Das Ziel der AfD-Fraktion bleibt: Der Fernsehturm darf nicht nur Wahlkampfthema sein. Gerade vor dem Hintergrund der Kulturhauptstadtbewerbung

Dresdens 2025 und den Potentialen, die dabei auch mit dem Fernsehturm verbunden sind, braucht es einen klaren zeitlichen Fahrplan. Zudem müssen die Dresdner Bürger die Chance haben über die Revitalisierung abzustimmen. Das ist man den Bürgern schon alleine deswegen schuldig, weil die Kosten für die Wiederzugänglichmachung für den Haushalt Dresdens eine große Herausforderung darstellen. Die AfD-Fraktion bleibt daher weiter bei Ihrer Forderung einen Bürgerentscheid zum Thema Fernsehturm durchführen zu lassen. Diese Forderung wird die AfD mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der dann hoffentlich vorliegenden Machbarkeitsstudie wieder mit aller Entschiedenheit auf die politische Agenda heben.

Auch wenn weiterhin viele Bedenken zur Sanierung und Wiedereröffnung des Fernsehturms für den Publikumsverkehr bestehen, zeichnet sich doch eine breite politische Mehrheit für die Revitalisierung ab. Alle Fraktionen haben hierfür grundsätzlich ihre Bereitschaft erklärt. Strittig bleibt die Frage der Finanzierung und das Konzept. Naturschutzbelange, verkehrliche Anbindung und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen müssen miteinander abgewogen werden.

Die AfD-Fraktion jedenfalls wird verhindern, dass das Thema Fernsehturm – wie schon so oft – wieder aus den Augen verloren wird. Eine unendliche Geschichte braucht irgendwann auch einmal ein Ende.

Harald Gilke



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/globus-auch-aus-anderen-perspektiven-betrachten.html



DER GANZE ARTIKEL ONLINE:

www.afd-fraktion-dresden.de/fraktionszeitung/articles/eine-unendliche-geschichte.html

DIE ZUKUNFT DER DRESDNER SCHULEN

Der neue Schulnetzplan sorgt für reichlich Diskussionen sowie Streit zwischen Bildungsbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU) und der rot-rot-grünen Stadtratsmehrheit.

Mit der Schulnetzplanung fixiert die Landeshauptstadt Dresden die zukünftige Entwicklung der Schullandschaft. Diese Fortschreibung – diesmal insgesamt 870 Seiten stark – muss alle fünf Jahre erfolgen.

Auf Grund der demographischen Entwicklung – anhaltendes Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung und hohe Geburtenzahlen – steigt auch zukünftig die Anzahl der Dresdner Schüler. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, plant Bildungsbürgermeister Vorjohann mit zwölf neuen Schulen bis zum Schuljahr 2021/2022. Ein Gymnasium in Prohlis oder Gorbitz ist dabei jedoch nicht vorgesehen.

So begrüßt die AfD-Stadtratsfraktion zwar die Beibehaltung des Beruflichen Schulzentrums für Wirtschaft „Franz Ludwig Gehe“ am derzeitigen Standort Leutewitzer Ring in Gorbitz – hier hätte ein Umzug nach Prohlis stattfinden sollen, gegen den Schüler, Eltern und Lehrer protestierten –, plädiert aber auch weiterhin dafür, den Dresdner Südosten mit einem Gymnasium in Prohlis zu stärken. Der Schulstandort Boxberger Straße, möglicher Standort für das Gymnasium Prohlis, steht derzeit leer, für dessen Sanierung sind jedoch bereits Mittel in zweistelliger Millionenhöhe im Haushalt eingestellt. Ob das Geld stattdessen für den Schulneubau des Gymnasiums Klotzsche eingesetzt wird, bleibt abzuwarten. Der Elternrat des Gymnasiums Klotzsche hat derweil mit einer Petition der Forderung nach einem Schulneubau Nachdruck verliehen.

Eine weitere Herausforderung am Gymnasium Klotzsche stellt derzeit die Ver-

pflegung der Schüler dar: die Platzkapazitäten der Schulkantine sind nicht ausreichend. Der Oberbürgermeister weist dabei in seiner Antwort auf die Anfrage von AfD-Stadtrat Harald Gilke auf den geplanten Neubau des Gymnasiums. Bis dahin sehe die Stadtverwaltung „ausschließlich in der Umsetzung schulorganisatorischer Maßnahmen (Pausenregelung, mehrfacher Platzwechsel) einen Lösungsansatz, um die Situation bis zum Neubau zu entspannen“ (AF1693/17). Seit Beginn des Schuljahres 2017/2018 im August hat das Gymnasium Klotzsche einen neuen Essensanbieter, was zu einer gestiegenen Nachfrage bei der Schulspeisung führte. „Leider sei es in den ersten Schultagen zu Verzögerungen gekommen, die Abläufe beim Speiseanbieter haben sich erst einspielen müssen“, heißt es dazu seitens der Verwaltung (mAF0262/17). Seither hat sich an der Situation nur wenig geändert. Schüler demonstrieren schon seit Wochen vor jeder Stadtratssitzung, damit endlich eine Lösung für das drängende Problem gefunden wird. Die von der Schulleitung ins Spiel gebrachte Container-Variante, die von der AfD-Fraktion unterstützt wird, hat die Stadt bisher abgelehnt. Insgesamt besteht an den Dresdner Schulgebäuden „[t]rotz erheblicher Anstrengungen in den letzten Jahren ein großer Sanierungsbedarf, welcher zum Erweiterungsbedarf wegen der Schülerzahlsteigerung in Konkurrenz steht. Es ist wichtig, dass Investitionen in die schulische Infrastruktur weiterhin der Schwerpunkt der kommunalen Finanzplanung bleiben“, so die entsprechende Vorlage (V1792/17) zur Schulnetzplanung. Auf etwa 200 Mio. Euro wird der Investitionsbedarf an Dresdner Schulen beziffert.

Harald Gilke

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (Stadträte Gordon Engler, Harald Gilke, Jörg Urban MdL, Stefan Vogel)
Postfach 12 00 20 - 01001 Dresden
V.i.S.d.P.: Fraktionsvorsitzender Gordon Engler

KONTAKT

Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
1. Etage, Raum 215
Tel 0351 - 4 88 10 50
Fax 0351 - 4 88 10 49
post@afd-fraktion-dresden.de
http://www.afd-fraktion-dresden.de
http://www.facebook.com/AfDFraktionDresden

FOTOS / BILDER

MARKUS EBERT (1) UND (2 - FOTOMONTAGE),
PIXABAY.COM (3),
HARALD GILKE (4), (5) UND (7),
DAVID STEINMANN (5) UND (6)

ERSCHEINUNGSWEISE

Dreimonatlich

DRUCKAUFLAGE

2.000 Exemplare

Die „Alternativen für Dresden“ sind Teil der Öffentlichkeitsarbeit der AfD-Fraktion im Stadtrat Dresden und dürfen nicht für Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT?

Wir senden kostenfrei zu!

Einfach Nachricht mit Kontaktdaten an:
post@afd-fraktion-dresden.de